

# Zürcher gegen kleinere Klassen

*Stadt stimmt klar für zentrale Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle*

sho. Die EVP-Initiative für die Reduktion der Klassengrößen im Kanton Zürich ist gescheitert. Nur 34,5 Prozent der Stimmenden sagten Ja. Angenommen wurde mit 53,3 Prozent jedoch der Gegenvorschlag. Nun wird der Reserve-Pool für schwierige Situationen um 100 Lehrerstellen aufgestockt.

Der Ausgang zu den Vorlagen über den öffentlichen Verkehr fiel differenziert aus: Der kantonale Beitrag von

76,4 Millionen Franken für das Tram über die Hardbrücke erhielt 66 Prozent Ja und fand auch auf dem Land Zuspriech. Dagegen lehnten zwei von drei Stimmenden die Vorlage zum baldigen Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen ab.

Zudem sagten in der Stadt Zürich fast 67 Prozent der Stimmenden Ja zur definitiven Einrichtung einer zentralen Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle.

*Zürich und Region, Seite 13-15*

# Hilfe, wo es wirklich brennt

Klares Nein zur Klassengrössen-Initiative – knappes Ja zu mehr Ressourcen für schwierige Situationen

Im Kanton Zürich stehen künftig rund 100 zusätzliche Lehrerstellen für die Hilfe in schwierigen Situationen zur Verfügung. Klar abgelehnt wurde hingegen die Klassengrössen-Initiative.

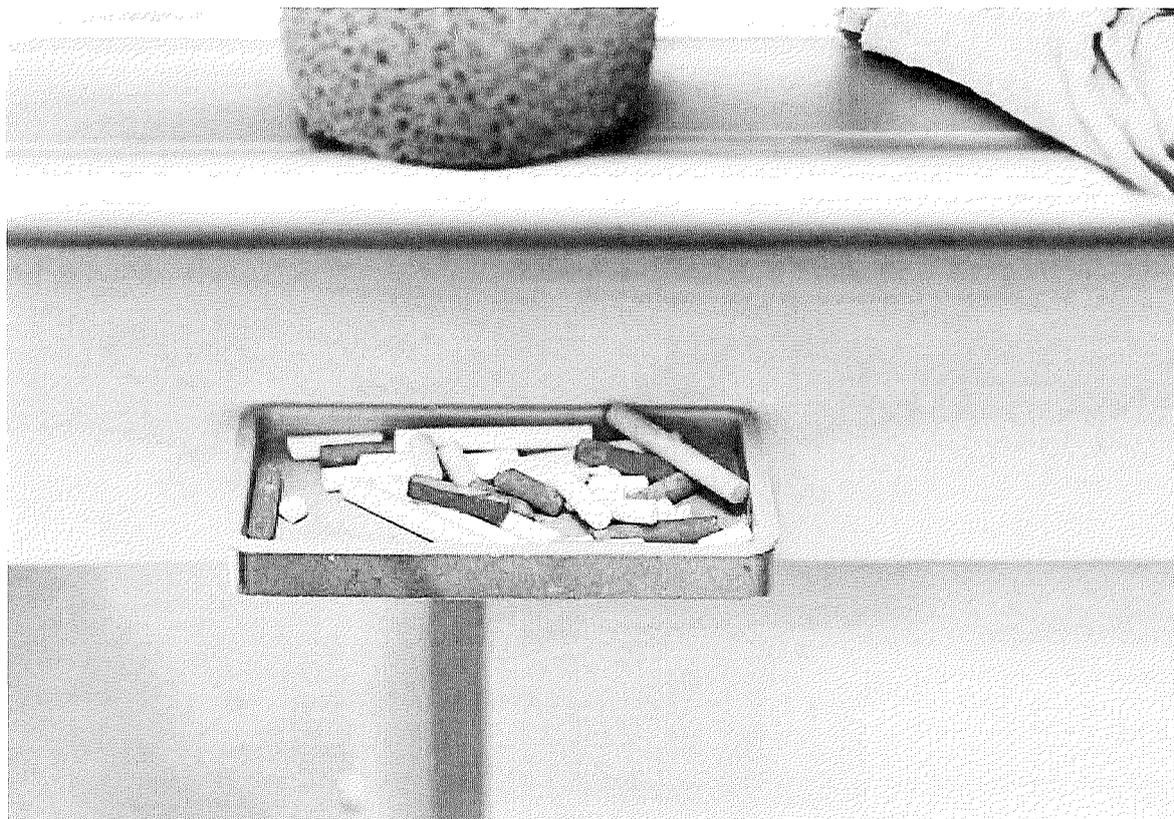
Walter Bernet

Mit der Klassengrössen-Initiative wollte die EVP definitiv zu viel. Über 1000 zusätzliche Lehrerstellen hätten geschaffen werden müssen, um in der Zürcher Volksschule ausschliesslich Klassen mit 20 oder weniger Schülern zu erreichen. Nur SP und AL hatten sich der Forderung angeschlossen – und die organisierte Lehrerschaft. Neben pädagogischen Argumenten rückte dadurch die entlastende Wirkung der Initiative für die Lehrkräfte in den Vordergrund. Die Mischung ist nicht gut angekommen: Nur 34,5 Prozent der Stimmberechtigten befürworteten die Initiative.

Unbestritten ist aber, dass die Schule dort Unterstützung braucht, wo tatsächlich Problemsituationen entstehen. Ohne nennenswerte Kampagne hat der Gegenvorschlag des Kantonsrats, der nicht bei der Klassengrösse ansetzt, sondern ins System etwas mehr personelle Ressourcen einschleusen will, eine Mehrheit von 53,3 Prozent der Stimmen erhalten. Diese ist vor allem den Städten Zürich (61,5 Prozent Ja-Stimmen) und Winterthur (55,8 Prozent) zu verdanken. Aber auch die Bezirke Affoltern, Horgen und Uster stimmten zu.

Die Initiative fand in keiner Gemeinde Zustimmung. In Schwamendingen unterstützten sie immerhin 44,7 Prozent und in Sternenberg gar 49,2. Sternenberg ist die einzige Gemeinde im Kanton, die wenigstens bei der Stichfrage der Initiative den Vorzug vor dem Gegenvorschlag gegeben hätte. Letzteren lehnten die Sternberger allerdings ebenfalls ganz knapp ab.

Bildungsdirektorin Regine Aepli zeigte sich vor den Medien am Sonntag froh darüber, dass die Initiative verworfen wurde. Sie hätte grosse Umsetzungsschwierigkeiten und hohe Kosten mit sich gebracht. Persönlich freute sie sich über die Annahme des von der Regierung abgelehnten Gegenvorschlags. Sie wertete diese als Zeichen der Anerkennung der Bedeutung der Volksschule. Wann der Gegenvorschlag in Kraft tritt, konnte Aepli noch nicht sagen. Die Umsetzung sei aber einfach, weil keine Gesetzesänderungen nötig seien. Es wird lediglich der bestehende Reservepool um 100 auf 260 Stellen aufgestockt. Diese Stellen müssten nicht ausge-



In den Klassenzimmern der Zürcher Volksschule bleibt (fast) alles beim Alten.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

schöpft werden, wenn sich zeige, dass kein Bedarf herrsche.

Während sich der Sekundarlehrerverband SekZH enttäuscht über die verweigerte Entlastung äusserte, sieht der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) das Ergebnis als ersten Schritt Richtung kleinere Klassen. Der Kampf gegen die Sparpolitik gehe aber weiter. Die Zürcher Kantonale Mittelstufe (ZKM) fordert wieder Kleinklassen. Unter den nun nicht verbesserten Rahmenbedingungen sei die Integration zum Scheitern verurteilt. Für Theo Meier, Vizepräsident des Verbands Zürcher Schulpräsidenten (VZS), kann das Ja zum Gegenvorschlag das Abschieben von Schülern in die Sonderschulung mildern. Von den Parteien sieht einzig die CVP im Gegenvorschlag mehr als einen Tropfen auf den heissen Stein: Nur dank ihm sei es nun möglich, in schwierigen Fällen Lösungen zu finden, sagte Kantonsrätin Corinne Thomet. Die EVP als Initiantin freute sich, dass die Initiative wenigstens zu einer kleinen Verbesserung beigetragen habe. Man habe aber gehofft, eine intensivere Diskussion der Thematik auszulösen, sagte der ehemalige Kantons- und Bildungsrat Hanspeter Amstutz.

## Ergebnisse der kantonalen Abstimmungen im Kanton Zürich

Stimmbeteiligung 50,3 Prozent

Kreis	2. A Klassengrössen-Initiative			2. B Gegenvorschlag			2. C Stichfrage		
	Ja	Ja %	Nein	Ja	Ja %	Nein	Vorl. A	Vorl. B	A in %
1+2	3 968	36,1	7 037	6 306	59,7	4 250	3 179	6 719	32,1
3	5 654	42,9	7 532	8 405	66,7	4 216	4 667	7 352	36,8
4+5	4 175	40,0	6 271	6 839	67,9	3 227	3 875	5 787	40,1
6	3 894	37,9	6 379	6 363	64,3	3 535	3 203	6 278	33,8
7+8	6 094	34,2	11 709	9 786	58,2	7 040	4 766	11 149	29,9
9	5 025	40,5	7 388	6 858	59,1	4 810	4 295	6 649	39,2
10	4 785	37,8	7 868	7 726	63,0	4 537	3 696	7 724	32,4
11	5 989	39,2	9 285	8 502	58,2	6 106	5 101	8 566	37,3
12	2 249	44,7	2 787	2 713	57,3	2 020	1 894	2 443	43,7
Stadt Zürich	41 833	38,7	66 256	63 598	61,5	39 741	34 676	62 667	35,6
Bezirke									
Affoltern	5 111	31,0	11 362	8 164	51,7	7 635	4 535	10 182	30,8
Andelfingen	3 129	29,9	7 331	4 590	45,9	5 401	2 945	6 331	31,0
Bülach	11 487	31,9	24 479	16 666	48,6	17 619	10 680	20 873	33,8
Dielsdorf	6 934	32,4	14 479	9 589	46,8	10 894	6 356	12 230	34,2
Diétikon	6 275	31,7	13 486	9 120	48,7	9 592	5 549	11 602	32,3
Hinwil	9 151	34,6	17 306	12 297	48,9	12 825	8 267	14 952	35,7
Horgen	13 030	34,3	24 950	18 996	52,7	17 047	11 279	22 351	33,5
Meilen	10 665	30,3	24 538	16 683	49,8	16 825	9 101	21 973	29,3
Präflikon	6 100	33,8	11 923	8 574	49,9	8 609	5 478	10 434	34,4
Uster	11 794	33,5	23 432	17 678	52,6	15 913	10 884	20 982	34,2
Winterthur	17 871	35,2	32 904	25 525	52,6	22 961	15 518	29 473	34,5
Stadt Zürich	41 833	38,7	66 256	63 598	61,5	39 741	34 676	62 667	35,6
Kanton Zürich	143 380	34,5	272 446	211 480	53,3	185 052	125 188	244 050	33,9

QUELLE: KANTON ZÜRICH

## Kein Leidensdruck

Klassengrösse ist nicht das Problem

Walter Bernet · Die Zahlen sprechen für sich: Von den 6734 Volksschulklassen im Kanton Zürich zählten im letzten Schuljahr 56 Prozent 20 oder weniger Schüler. 83 Prozent kamen auf maximal 22 Schüler. Nur gerade 125 Klassen konnte man mit 26 oder mehr Kindern als gross bezeichnen. Ganz offensichtlich haben die Zürcher Stimmberechtigten die Ansicht und die Erfahrung geteilt, dass es nicht primär die Klassengrösse ist, die zu mitunter schwierigen Situationen in einzelnen Klassen der Volksschule führt. Es bedurfte nicht einmal einer nennenswerten Kampagne, um ein Nein zur Initiative zu erreichen. Dass keine einzige Gemeinde der Klassengrössen-Initiative zugestimmt hat, darf durchaus auch als Leistungsausweis der öffentlichen Schule gewertet werden, die in der Regel Mittel und Wege findet, um mit den heutigen pädagogischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zurecht zu kommen.

Es ist das Verdienst der Schulreformen, dass die einzelnen Schulen und ihre Leitungen handlungsfähiger geworden sind, wenn es darum geht, die eigenen und allfällige zusätzliche Ressourcen dort einzusetzen, wo sie wirklich nötig sind. Natürlich sind diese Ressourcen begrenzt; die finanziellen Mittel von Staat und Gemeinden sind es auch. Mit dem Ja zum Gegenvorschlag des Kantonsrats, der rund 100 zusätzliche Stellen in einem bereits mit 160 Stellen dotierten Pool schafft, welcher den Schulgemeinden für verschiedene Problemsituationen zur Verfügung steht, vergrössert der Souverän diesen Handlungsspielraum minim. Offensichtlich sind die Stimmbürger nach wie vor bereit, in die Schulqualität zu investieren, wenn die Mittel für gezielte Verbesserungen eingesetzt und nicht einfach mit der Giesskanne verteilt werden. Fraglich ist allerdings, ob diese 100 Stellen tatsächlich nötig sind. Es ist nicht bekannt, dass der bestehende Pool bisher über Gebühr beansprucht worden wäre.

Die Klassengrössen-Initiative ist ausser von EVP, SP und AL von keiner politischen Partei unterstützt worden. Auch die Schulpflegepräsidenten lehnten sie ab. Nur die organisierte Lehrerschaft trat – halbherzig – für sie ein, weil sie als eine der wenigen Möglichkeiten betrachtet wurde, die objektiv stark beanspruchte Lehrerschaft spürbar zu entlasten. Das Ergebnis zeigt, dass das Volk nicht bereit ist, für eine solche Entlastung in grösserem Umfang zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen.